

Sie sind da!

Unlängst berichteten wir über die Tatsache, daß die Reichswehrsoldaten sich in großer Menge in Oberschlesien aufhalten und hier ihre Bedürfnisse weiter bezahlt bekommen. Mit sehr viel Recht vermuten wir in diesen Soldaten eine verküppelte Kampforganisation, worauf auch der Umstand hinweist, daß sie alle von Duzug ausgelöhnt werden.

Nun veröffentlicht die deutsche Presse eine „Erklärung“ die eigentlich nichts ableugnet, sondern nur belagt, daß die entlassenen Soldaten sich der gesetzlichen Fürsorge des Reiches erfreuten. Es wird nicht gesagt, daß die Soldaten nicht da sind. Man mag es garnicht diese Tatsache abzuwehren. Man begnügt sich mit „lender-lahmen Erklärungen“ die keine sind. Gesetzliche Fürsorge ist ein sehr weit gefasster und ein sehr bequemer Begriff. Durch die Erklärung, die scheinbar von amtlicher Stelle erfolgt, ist allerdings die Lage völlig geklärt worden. Denn nun ist das Verbandssein von bezahlten deutschen Reichswehrsoldaten auch von deutscher Seite festgestellt.

Kolheins „Oberschlesische Eindrücke“.

V

Die Auswanderer- und Saisonarbeiterfrage

Es ist wahr, daß aus Kongresspolen und Galizien ein Teil der Bevölkerung das Land verließ, um anderswo den Lebensunterhalt zu suchen. Diese Tatsache war damals begründet durch die wirtschaftliche Politik der Teilungsmächte, welche ein Aufwachen der poln. Länder unmöglich machte, und somit nicht allen Bewohnern die Arbeit sicherte. Falsch aber ist in der Darstellung des Dr. G. daß bei günstiger Konjunktur jährlich 2 bis 3 Prozent über die See auswanderte und 377 000 aus Kongresspolen und 400 000 aus Galizien als sogenannte Sachengänger ihr Brot verdienen mußten. Vielmehr waren es im Jahre 1913/14 bei ungünstigsten Arbeitsverhältnissen in Kongresspolen 112 000 oder 0,87 Prozent und in Galizien 55 000 oder 0,64 Prozent, also nicht einmal 1 Prozent der Bevölkerung. Als Saisonarbeiter verließen jährlich 292 000 in Kongresspolen und 188 000 (Polen und Ruthenen) Galizien.

Wir haben weiter oben gezeigt, daß die Zahl der Arbeitslosen in Polen stetig abnimmt, trotz der Demobilisation. Ferner ist allgemein bekannt, daß die Industrie allmählich auflebt und Neugründungen entstehen, wodurch immer wieder neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird; daß in Polen eine Agrarreform besteht, die für Tausende neue Erwerbsquellen eröffnet. Es kommt noch hinzu, daß die Bevölkerungsdichte im Vergleich zu anderen Ländern eine geringere ist.

Alles in allem, muß sich jeder davon überzeugen, daß das heutige Polen genug Brot für seine Landeskinde hat und daß niemand gezwungen sein wird, das Land zu verlassen, um anderswo sein Brot zu verdienen.

Doch sehen wir uns Deutschland in dieser Beziehung an! Von den Erwerbslosen war schon die Rede. Hier nur etwas von den Emigranten, welche Deutschland verlassen müssen, weil sonst keine Nahrung für sie vorhanden ist. Im „Berliner Tagebl.“ vom 23. 12. 20 Morgenausgabe lesen wir, daß im Wohlfahrtsministerium eine Konferenz über die Gefahr einer Massenemigration stattgefunden hat. Darnach wollten allein nach Amerika 5 Millionen Deutsche auswandern. Man beschloß jedoch mit Rücksicht auf die Gefahr einer Entartung des deutschen Geschlechts die Emigration mit allen Mitteln aufzuhalten.

So steht nach statistischer Nachforschung das wahre Antlitz „des Elends und der Not in Polen“ und der „glänzenden Zukunft in Deutschland“ aus!

Oberschlesier! Lies diese Ausführungen gründlich! Du kannst sie jederzeit mit Dr. Kolheins Aufsätzen vergleichen, und auch die Belege und die Zahlen, welche wir angegeben haben, in den angeführten Quellen nachschlagen. Das Urteil wirst du dann selber fällen können.

Leset die Grenz-Zeitung!

Nochmals Autonomieföhrerei.

Unsere Ausführungen über die Autonomieföhrerei der „heimatlosen“ Zeitungen haben eine Menge Ausfälle dieser Blätter gegen uns zur Folge gehabt, die in dem üblichen rüpelhaften Ton gehalten sind und uns schon so wohlbekannt sind und durch Wiederholung um keinen Deut klüger werden.

In diesem Schwall mütet uns der Artikel „Das polnische Autonomiegesetz“ in der „Oberschles. Volkstimme“ vom 16. Januar geradezu wohlthuend an, da er im Gegensatz zum prinzipiellen Ton der „Volkstimme“ es wenigstens versucht, eine ruhige Sprache zu reden und man das Gefühl hat, daß der Artikelschreiber — abgesehen von einigen Worten wie „Fälschung“ usw., die ihm zu leicht in die Feder kommen — noch nicht von der sinnlosen Redewort durchföhrung ist, die sonst im Lager der Heimattreuen so grauenhafte geistige Abnormitäten zeitigt.

In Bezug auf den obengenannten Artikel ist zunächst als ein erfreuliches Symptom von Objektivität zu begrüßen, daß dort im Prinzip eingestanden wird, daß das sogenannte deutsche Autonomiegesetz nichts anderes als eitel Spiegelfechterei ist; nur soll es — nach der Behauptung des Artikelschreibers — mit dem polnischen Autonomiegesetz nicht um ein Haar besser stehen. Das letztere stimmt nun ganz und gar nicht, wie wir es viele Male ausführlich dargelegt haben. Heute nur einige Bemerkungen:

Um ein Gesetz zu ergründen und seinen Geist richtig zu verstehen, muß man seine Vorgeschichte kennen, muß man auch wissen, wer das Gesetz erlassen hat, und den Charakter und die Tendenzen dieses Gesetzes im Auge behalten. Dazu ist festzustellen:

Der Ehrenschild des polnischen Gesetzgebers ist rein, mehr noch, es glänzen auf ihm Ruhmessterne wie z. B. das Zubeugesetz Kasimir des Großen; die Agrarreform für Litauen im 16. Jahrhundert, eine der größten Agrarreformen, die jemals in Europa durchgeführt wurden; die sogen. Konstitution des 3. Mai (Schaffung des, nach dem englischen, ersten bei weitem fortschrittlichsten Parlament in Europa); die Einsetzung der Konsultationskommission im Jahre 1783 (Schaffung des ersten Kabinettsministeriums in Europa); und andere mehr.

Der Ehrenschild des deutschen bzw. preussischen Gesetzgebers ist über und über mit Schandflecken bedeckt, die ihm die Verachtung der ganzen Welt einbrachten. Wir erinnern nur an das schmachvolle Enteignungsgesetz; an das unheimlich bekannte sogen. Sozialistengesetz; an den Sprachenparagrafen des Gesetzes vom 8. April 1908; und nicht zuletzt an die schmachvolle Kolonialgesetzgebung, besonders in Deutsch-Ostafrika und Südwest-Afrika.

Welchem von beiden Gesetzgebern ist demnach zuzutrauen, daß er Böses im Schilde führt?

Jetzt wollen wir die Vorgeschichte der beiden Autonomien betrachten. Die polnische Autonomie ist die ehrliche, durch Liebe und Verständnis für die Oberschlesier diktierte Reaktion auf den ersten ober-schlesischen Aufstand, in dem so viele Oberschlesier das Geständnis: „Wir sind Polen!“ mit ihrem Herzeblut in das ewige Buch der Historia geschrieben haben.

Die Vorgeschichte der deutschen Autonomie ist folgende:

Mit Zähneklirren erfuhr man in Berlin von der polnischen Autonomie für die Wojewodschaft Schlesien. Diese Autonomie war ein furchtbarer Schlag für diejenigen, welche immer noch hofften, durch brutale Gewalt die freiheitsliche Bewegung in Oberschlesien unterdrücken zu können. Jetzt fühlten auch diese Leute, daß die polnische Autonomie zu sehr den Interessen Oberschlesiens gerecht wurde, als daß noch jetzt ein ober-schlesischer bei Deutschland bleiben möchte.

Dem mußte entgegengearbeitet werden! Wahltauer! Nicht dem Bewußtsein, ober-schlesischen Interessen entgegenzukommen, ist das deutsche sogen. Autonomiegesetz entsprungen, nein! Es entsprang lediglich dem Empfinden: Hier muß etwas geschehen, um der Macht des polnischen Autonomiegesetzes entgegenzuwirken.

Früher, das heißt von dem Augenblick an, als die Frage des Anschlusses Oberschlesiens an Polen aktuell wurde, hatte man wohl über eine ober-schlesische Autonomie für Oberschlesien geredet, doch stets im abfälligen Tone.

So berührte man die Frage in einer Sitzung d. Schles. Prov.-Aussschusses im Rathause zu Breslau unter dem Vorsteher des damaligen preussischen Ministers des Innern Hirsch am 30. Dezember 1918, welcher Vertreter aller Behörden und Parteien betwohnten. Man lehnte den Gedanken an eine Autonomie ab, beschloß aber, den Beschwerden der Oberschlesier tünlichst abzuwehren. Ein schöner Beschluß! Es blieb auch bei diesem schönen Beschluß.

Als man dann an die Schaffung der neuen Reichsverfassung ging, da regte sich wieder der Gedanke an eine Autonomie für Oberschlesien, aber der energische Protest der preussischen Regierung — man hängt doch zu gern am alten „bewährten“ System — ließ ihn nicht reifen.

Da erstrahlte wie ein Stern über den Gefilden Oberschlesiens die Autonomie der Wojewodschaft Schlesien.

Jetzt war es höchste Zeit, dem entgegenzuwirken, und so braute man notens volens einen „Zaubertrank“, deutsche Autonomie genannt, wobei man um jeden Bissen, den man dem Oberschlesier vormerken wollte, zankte und feilschte, wie in einem Trödel Laden.

Das ist die „ruhmreiche“ Vorgeschichte des Gesetzes über die deutsche Autonomie in Oberschlesien. Es ist also nicht zu verwundern, daß dieses Gesetz ein Autokratentum wurde und nicht eine in der Sorge um die Wohlfahrt Oberschlesiens wurzelnde Autonomie.

Die Analyse dieses „Zaubertranks“ zeigt unzweifelhaft, daß in ihm weder Zauber, noch Nährkräfte enthalten sind. Der einzige Effekt ist der, daß die „urdeutschen“ Zeitungen es verstanden haben, daraus Schaum zu schlagen.

Weiterhin führt der Artikelschreiber der „Oberschlesischen Volkstimme“ aus, daß das polnische Autonomiegesetz kein völkerverfeindliches Verbot ist. Das behauptet auch kein Mensch! Der Artikelschreiber drückt sich aber unklar aus, wenn er behauptet, daß die polnische Autonomie juristisch ein Versprechen darstelle. Man wäre es zu sagen, ein bindendes Versprechen. Aber auch das trifft nicht den Kern der Sache. Die polnische Autonomie behandelt eine innerpolitische Angelegenheit, denn in dem Augenblicke, wo Oberschlesien an Polen fällt, wird die Regelung des Verhältnisses Oberschlesiens zum ganzen polnischen Reiche eine rein innerstaatliche Angelegenheit. Es ist hier vom polnischen Gesetzgebenden Landtage ein Gesetz geschaffen worden mit Wirkung er tunc, d. h. vom Augenblicke des Ausfalls Oberschlesiens an Polen an.

Gewiß ist dieses Gesetz eine einseitige Verpflichtung des polnischen Staates — jedes innerpolitische Gesetz ist im Prinzip eine einseitige Verpflichtung des Staates — aber es ist eine bindende Verpflichtung und ganz falsch ist es, zu behaupten, daß diese Verpflichtung einseitig aufgehoben werden könnte, denn der Artikel 44 dieses Gesetzes sagt ausdrücklich, daß eine Abänderung des Autonomiegesetzes nur mit Zustimmung des ober-schlesischen Landtages erfolgen kann, d. h. juristisch: der polnische Staat hat seine Kompetenz zur Abänderung dieses Gesetzes auf den ober-schlesischen Landtag erweitert.

Wir führen dies alles so ausführlich aus, weil wir glauben wollen, daß es dem Artikelverfasser der „Oberschlesischen Volkstimme“ mit seinen Behauptungen erst war.

Zuletzt noch ein Hinweis:

Da wir von rein juristischem Standpunkte die Sache betrachtet haben, wollen wir, um die Sache allseitig zu beleuchten, von der ganz unmöglichen Annahme ausgehen, daß 1. Oberschlesien an Deutschland fällt, 2. ein Land Oberschlesien wirklich gebildet wird. Wäre damit tatsächlich dem ober-schlesischen Volke geholfen?

Das können wir am besten an der Hand des Artikel 17 der Deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919 sehen; und zwar wollen wir zwei Bemerkungen deutscher Kommentatoren der Deutschen Reichsverfassung zitieren. Kein geringerer als Giese sagt in seinem Kommentar zum Art. 17 wörtlich: „Ein Staat, der nicht einmal seine eigene Staatsform zu bestimmen in der Lage ist, ist überhaupt kein Staat mehr. Damit ist seine Souveränität gelugnet“ (Nacht in der Nacht-Berl.).

Arndt sagt zu demselben Artikel: „Durch Artikel 17 ist die Unabhängigkeit vom Reich tatsächlich aufgehoben.“

Diese beiden Zitate sprechen eine laute und eindringliche Sprache. Also wozu der Pomp, mit dem man die „Freiheit“ preist, die ein Land Oberschlesien innerhalb des Deutschen Reiches hätte!

Nun hat auch zuguterletzt die „Oberschlesische

Morgenzeitung“ einen perfiden Artikel „Juristische Autonomieföhrerei“ am 27. d. Mts., auf uns losgelassen. Wir hätten nämlich bei der Erörterung der vollständigen praktischen Wertlosigkeit der sogen. deutschen Autonomie festgestellt, daß es der ganzen Sachlage nach unmöglich ist, daß alle zurzeit besetzten Gebiete Oberschlesiens an Deutschland fallen — dies ist nach dem deutschen Gesetz nämlich eine Voraussetzung der Bildung eines Landes Oberschlesien — die „D. M. Z.“ zieht daraus den mehr als fälschlichen Schluß, daß wir einen Rückzug antreten in bezug auf unser unbestreitbares Recht auf ganz Oberschlesien. O du holde Einfalt du! (Zu singen nach der Melodie: „O du lieber Augustin“.)

Kreis Beuthen.

g. Selbstmordversuch. Ein früherer Angestellter der Abstimmungspolizei, der krankheitshalber seine Stellung aufgeben mußte, hat am Freitag nachmittag in der Wohnung seiner Schwiegereltern auf der Breitenstraße in selbstmörderischer Absicht ein größeres Quantum Ethol getrunken. In hoffnungslosem Zustande ist er nach dem städtischen Krankenhaus überführt worden. Als Motiv der Tat dürfte seine Krankheit anzunehmen sein.

* Kartoffelwucher. Die gegenwärtige Knappheit an Kartoffeln wird abermals zu einer ganz niederrückigen Ausbeute ausgenutzt. Unbemittelte Leute, die nicht in der Lage waren, im Herbst ihren Kartoffelbedarf zu decken, müssen jetzt für einen Zentner Kartoffeln den unverhältnißhohen Preis von 50 Mk. zahlen. Es gibt Kartoffelverkäufer, die auf dem sogenannten Schleich- und Schleberwege ziemlich beträchtliche Vorräte zum Preise von 25 Mk. pro Zentner aufgeschafft haben und nun zur Zeit der Kartoffelnot nicht weniger als 25 Mk. Gewinn an einem Zentner einheimfen. Derleiichen Halsabschneidereien müßten rücksichtslos zur Anzeige gebracht werden.

* Oberschlesische Gasthausangestellte Kollegen! Tretet alle bei dem neuangeordneten ober-schlesischen Gasthausangestellten-Verband, welcher sich zur Aufgabe gemacht hat, die wirtschaftliche Lage der Gasthausangestellten zu heben und durch die Begründung einer Genossenschaft, für welche schon jetzt mehrere Hotels gekauft worden sind, eine sichere Arbeitsstätte zu bieten. Kollegen! Tretet daher alle in diesen Verband ein, denn dieser Verband kann nur eure Interessen vertreten. Alles nähere durch das Sekretariat des Verbandes Beuthen, Virchowstraße 16.

* Zentrale für Jugendfürsorge und Kinderbeschäftigung. Die jugendgemäße Hauptversammlung wurde am 24. Januar unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Rasperowitsch im alten Stadtverordneten-SitzungsSaale abgehalten. Aus dem von Rektor Eise vorgetragenen Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Die Hauptarbeit war wie bisher der gefährdeten Jugend gewidmet. In 20 Arbeitsausführungen kamen 916 Fälle zur Behandlung, von denen 736 vom Magistrat, 151 vom Gericht und 29 von anderer Seite ausgingen. Es handelte sich um Prüfung von Pflegeeltern, um Berichte über die Familienverhältnisse, die Beschäftigung Jugendlicher, um Mitwirkung bei der Anordnung der Fürsorgeerziehung und um Vorentscheidungen und Teilnahme an Terminen bei denen jugendliche beteiligt sind. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung entfaltete die Jugendzentrale eine umfangreiche Tätigkeit bei der Entsendung unterernährter Kinder in Erholungsstätten. Wir wirkten mit bei der Unterbringung von 25 Kindern in der Schweiz, bei der Entsendung von 20 Kindern nach Schweden, bei der Verschickung von 130 Kindern in den Harz und dem Ferienaufenthalt von 161 Kindern im Kreise Neustadt. Auch entsandten wir selbständig und auf eigene Kosten 26 Kinder nach Jastrzebn und 4 Kinder nach Schreiberhau. 201 Kinder erhielten städtische Solbäder und es war auch möglich, jedem der kleinen Badegäste eine wohlschmeckende Speisung zu verabreichen. Die vom Vorsitzenden Stadtrat Dr. Rasperowitsch geplante Einrichtung einer Wälderholungsstätte, verbunden mit einer Waldschule, wobei die Jugendzentrale stail in Mitarbeit herangezogen werden sollte, mußte leider zurückgestellt werden. In der Mütterberatungsstelle und Säuglingsprechstunde wurden unter Leitung des städtischen Kinderarztes Dr. Dahn 3610 ärztliche Beratungen gegeben. Die Kinder werden von drei katholischen und einer evangelischen Schwester besucht, und es wird auch hier eine Summe selbstloser Ar-

bett geleistet, durch die manches nur noch schwach flackernde Lebenslichtlein vor dem bösigen Verlöschen bewahrt wird. Die Klassenverhältnisse sind nach dem von Rektor Klaboth vorgetragenen Klassenbericht gut, da das Vermögen von 9530 Mk. auf 11 444 Mk. gestiegen ist, aber unsere Rücklagen für die Ferienfürsorge und Kriegspatenschaft, welche nach dem alten Geldwerte einen immerhin nennenswerten Betrag darstellen, haben durch die Entwertung des Geldes in ihrer Bedeutung als unterstützende Kraft viel verloren. In der Besprechung wurde daher dem Antrage, in eine lebhaftere Betätigung zur Gewinnung neuer Mittelglieder und Erschließung neuer Einnahmequellen einzutreten, zugestimmt. Der Vorstand will sich mehr als bisher an die breiteren Volksschichten wenden und hofft hier, bei dem jetzt eingetretenen günstigen Erwerbsverhältnissen, auf eine verständnisvolle Förderung seiner Bestrebungen. Die überaus rege Anteilnahme an den Besprechungen gibt Grund zu der Hoffnung, daß die in diesem Sinne einsetzenden Arbeiten zu einem schönen Erfolge führen werden.

* Gründung einer Schuhmacher-Rohstoffeinkaufsgenossenschaft. Die durch den Elendskrieger General Jambolowski in Ziemsteln einberufene Schuhmacherversammlung fand in Deuthen im Hotel „Reichshof“ mit zahlreichem Besuch statt. Nachdem Herr Rausch Königschütze diese eröffnete, fand eine Diskussion statt. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die die Vorarbeiten erledigen soll zwecks Gründung einer Schuhmacher-Rohstoffeinkaufsgenossenschaft. In die Kommission sind nachstehende Herren gewählt worden: 1. Rausch-Königschütze, 2. Nowak-Gietow, 3. Boruta-Schwientochowski, 4. Busak-Deuthen, 5. Kojab-Jabrze, 6. Wycisk-Jabrze. Die Gründungsversammlung findet am Mittwoch, den 2. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr in Deuthen im Hotel „Reichshof“ statt. — Zwecks Gründung einer Rohstoffeinkaufsgenossenschaft veranstalten wir am Mittwoch, den 2. Februar 1921, nachmittags 4 1/2 Uhr im Hotel „Reichshof“ in Deuthen eine Schuhmacherversammlung.

So ist's!

IX.

Die Wahrheit über das polnische Eisenbahnwesen

oder „Warum fliehst du den Splitt in meines Nächsten Auge...“

Schon wieder weint die „Katt. Ztg.“ vom 19. 1. 21. 21. Artikelströme über angebliche Mißstände auf polnischen Eisenbahnen und sublimiert hierüber wie im Fieberwahn Unglaubliches! Sie rechnet auf diejenigen, die nie alle werden“, und verkümmert in ihrer Verblendung, daß der Krieg den Oberschlesier Antizismus gelehrt hat.

Der Oberschlesier weiß, daß russische Mißwirtschaft und russisches Raubsystem allein daran Schuld sind, daß Kongresspolens Eisenbahnen nicht so ausgebaut sind, wie es wünschenswert wäre. Aber jeder Eingesichtete muß voll Anerkennung und Hochachtung der Wandlung bedenken, die seit Polens Wiedergeburt stattgefunden hatte. Die deutsche Heeresverwaltung hat rücksichtslos einen großen Teil der polnischen Eisenbahnwagen und Lokomotiven weggeraubt. Dennoch gelang es dem opferfreudigen Dienstleister der polnischen Beamten und dem Organisations-talent der Führer den Betrieb überall aufrecht zu erhalten und trotz des Krieges mit Rußland in völlige Ordnung zu bringen.

Im Jahre 1919 betrug die Zahl der Lokomotiv-Kilometer bei der Direktion Warschau 807 418, im Oktober schon 1 531 650.

Durch Käufe in Amerika bei der Firma Baldwin Lokomotive Werke wurde die Zahl der Lokomotiven und Wagen erheblich vermehrt. Dazu sind Verhandlungen mit Österreich im Gange zwecks Ankauf von 35 neuen Lokomotiven und Reparatur 500 polnischer Maschinen.

Gleichzeitig verhandelt Polen mit Belgien über die Verpachtung von 200 Lokomotiven.

Deutschland ist durch Beschluß der Interalliierten Wiedergutmachungs-Kommission verpflichtet, zum Teil noch im laufenden Monat an Polen 480 Lokomotiven und 12 950 Wagen (die abgelieferten nicht mitgerechnet) abzugeben.

In den Friedenspräliminarien von Nizza wird Rußland gleichfalls verpflichtet, eine große Zahl von Eisenbahnmaterial an Polen wieder zu erstatten.

Vom September bis Ende Dezember 1920 stieg die Zahl der polnischen Lokomotiven um 16,6 Prozent, die Zahl der Personenzüge um 46 Prozent, die der Güterzüge um 33 Prozent.

In allen Teilen des polnischen Reiches werden neue Eisenbahnstrecken gebaut. Das polnische Eisenbahnnetz wird in Kürze hierdurch bedeutend vermehrt werden.

Das alles sehen natürlich deutsche He-

Die Gleichberechtigung der Lehrer deutscher Zunge in Polen.

Man schreibt in der deutschen Presse so vieles in letzter Zeit über die Bedrückung der Beamten deutscher Nationalität, die in den polnischen Staatsdienst übergegangen sind. Wer jedoch nicht aus eigener Anschauung die Verhältnisse kennt, sollte hier überhaupt nicht mitreden. Im Allgemeinen haben sich in den ehemals preussischen Gebietsstellen der Republik Polen zwischen der Regierung, ihren Ausführungsorganen und der deutschen Beamtenenschaft die besten Beziehungen entwickelt.

Uns liegt ein Bericht über die Generalversammlung des deutschen Lehrervereins der Woiwodschaft Polen vor. An dieser Versammlung hat im Auftrage der Regierung der Chef der Abteilung des Kultus und öffentlichen Unterrichts des polnischen Ministeriums Suchowiat teilgenommen. Seiner Ansprache entnehmen wir folgendes:

„Unkennend an das Wort des Vordrängers über die Toleranz möchte ich bemerken, daß sobald die göttliche Vorsehung das historische Verbrechen an Polen wieder aufgemacht hat, wir unsere alte tolerante Behandlung der nationalen Minderheiten sofort wieder aufgenommen haben. Schon zwei Wochen nach der Umwälzung war der erste Schulerlaß fertig, der am 25. Januar 1919 unterzeichnet wurde. Darin haben wir das volle Recht der Schulkinder auf den Unterricht in der Muttersprache festgelegt. Dies ist also früher geschehen, als der Verfall der Minderheitenschutzverträge vom 28. Juni 1919 uns es in beschränkterem Maße auferlegte.

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, erhalten ja alle deutschen Kinder in öffentlichen allgemeinen und gehobenen Schulen den gesamten Unterricht in ihrer Muttersprache. Das Polnische soll erst von Mitte 1922 an obligatorisch als Unterrichtsgegenstand eingeführt werden. Sie haben es aber schon jetzt in der Hand, polnischen Unterricht fakultativ zu erteilen.

Der Herr Vorsitzende hat einige unserer Anordnungen erwähnt. Ich möchte diese ergänzen und in einem kurzen Rückblick zusammenfassen:

a. Wir haben die konfessionelle Schule beibehalten, die auch seitens des deutschen Volksantheils gewünscht wird.

b. Wir haben das Prinzip der Einheitsschule in der Form der siebenklassigen allgemeinen Schulen bereits durchgeführt.

c. Wir haben die Möglichkeit der Förderung der talentierten Jugend aller Volksschichten in sechsklassigen gehobenen Schulen geschaffen.

Blätter nicht. Sie schweben in deutschen „idealen“ Verhältnissen.

Schade nur, daß die Wahrheit dennoch ans Licht tritt und die deutschen Ausführungsorgane straft.

So berichtet die deutsche Regierung an die Entente in Verantwortung der Brüsseler Fragen Einzelheiten über das deutsche Eisenbahnwesen, die dem Leser von seiner traurigen Lage ein erschütterndes Bild geben.

Deutschland besaß an Eisenbahnmateriale:

	1. April 1919	1. Oktober 1920
Fahrzeuge	86500	80000
Personen- und Gepäckwagen	81000	80000
Güterwagen	739000	588300
Ausbesserungsbedürftige:		
1. Lokomotiven	11500	11815
2. Güterwagen	60500	75000

Überall Verschlechterung! Überall Rückschritt! Das ist die ideale deutsche Wirtschaft!

Kreis Kallowitz.

§ Das Zentralkomitee des polnischen Waisenhauses bittet alle Ortskomitees, ihre Adressen so schnell wie möglich an Jarezyk in Kallowitz zu richten. So lange dies nicht geschieht, wird das Zentralkomitee in seiner Arbeit auf viele unnötige Schwierigkeiten stoßen. Das Zentralkomitee bittet gleichzeitig um Berichterstattung der bisherigen Tätigkeit und um Zusendung der bereits eingesammelten Beiträge.

g. Aus dem Stadtparlament. Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz des Oberingenieurs Weigmann eine Sitzung abgehalten. Gegen die Verärgerung der Mitgliederzahl des Sparassessors und Erhebung erhöhter Gebühren für Sparbücher sind Einwendungen nicht erhoben worden. — In das Kuratorium der Baugewerkschule ist Stadth. Gantner als Ersatzmitglied gewählt worden. — Zu Mitgliedern in den Sachverständigen-Ausschüssen für Mietsteigerungen sind Eisenbahn-Obersekretär Kallies und Stadth. Stahle gewählt

d. Wir haben für Verbesserungen Wege in unseren ausgearbeiteten Lehrplänen geebnet. Den Lehrern wurden ansehnliche Gehälter und Privilegien gesetzlich zuerkannt.

f. Die kirchlichen Dienstverrichtungen wurden als Nebenamt erklärt, was einer alten Forderung der Lehrerschaft entspricht. Dabei wurde in keiner Weise die Hilfe der Lehrer für die Kirche aufgehoben.

g. Auch ein zweiter Wunsch der Lehrerschaft wurde erfüllt, nämlich, daß die Kreisschulinspektoren in Hände seminaristisch gebildeter Schulmänner gelegt werden. Überall wurden Herren, die von der Dike auf in der Volksschule standen, zu Kreisschulinspektoren ernannt.

h. Das Gesetz über Rechte und Pflichten der Lehrer (sogen. Pragmatik) ist in Vorbereitung.

i. Der Entwurf des Gesetzes über Errichtung und Unterhaltung der allgemeinen Schulen liegt im Landtag vor.

k. Das Beamten- und Lehrersponsionsgesetz wird ausgearbeitet.

l. Mit der erwarteten Einführung der Schulreformen werden besonders Bezirks- und Kreisschulratszusammensetzungen eingeführt. In beiden werden Vertreter der Lehrerschaft und des Volkes, darunter auch deutsche Herren und Damen Sitz und Stimme erhalten.

Sie sehen also, daß die polnische Regierung auch auf dem Schulgebiete keine Rückschrittbewegungen macht, sondern mächtig vorwärts strebt. Auf keinen Fall, meine ich, werden wir auf das Schulgesetz zu warten haben, wie unter dem alten Regime.

Meine Damen und Herren, wir geben ihnen die Versicherung, daß jeder deutsche Lehrer, welcher in seiner Schule pflichtgemäß arbeitet und den dem polnischen Staate geleisteten Dienst treu einhält, ebenso wohlwollend behandelt wird, wie sein polnischer Kollege.

Diese Worte sprechen für sich selbst und strafen die geradezu entgegengesetzten Berichte der deutschen Presse. Die in der Ansprache wiedergegebene Ansicht der maßgebenden polnischen Regierungskreise verbürgt aber auch vor allem den ober-schlesischen deutschen Lehrern, die nach der Abstimmung in polnische Staatsdienste übertreten wollen und loyal ihre Pflichten dem polnischen Staate gegenüber erfüllen werden, vollkommene Gleichberechtigung und volle Wahrung ihrer Bürger- und Beamtenrechte — sogar noch weit über die Bestimmungen des Versailleser Vertrages hinaus.

worden. — Zur Anschaffung von Kohlen an bedürftige ortsfeste Personen sind 20 000 A bewilligt. — Der Haushaltsplan für die städtische Sparkasse ist in Einnahme und Ausgabe auf 12 925 600 A festgelegt worden. Die Neuwahl des Bureau der Stadtverordneten-Versammlung wurde vorgenommen. Die Wahlhandlung leitete das älteste Mitglied des Kollegiums, Stadth. Pawlula. Gewählt wurden zum Stadth. Vorsteher Ober-Ingenieur Weigmann (A. Wt.), zu dessen Stellvertreter Generaldirektor Wiskorski (D. Wt.), zum Schriftführer Obersekretär Wreszlot (Pole) und zu dessen Stellvertreter Dr. Müller (Dem.)

Die Akademie der Wissenschaften in Krakau und die Jagiellonische Universität an die Oberschlesier.

Die Akademie der Wissenschaften in Krakau und die Jagiellonische Universität senden den ober-schlesischen Brüdern ihren herzlichsten Gruß. Die Stimme des Blutes, des Herzens und der gemeinsamen Muttersprache ist stärker als materielle Bande, stärker als Duld und selbst Unterdrückung durch eine Regierung. Dabei haben auch Sie, liebe Brüder aus Oberschlesien, obwohl schon im 14. Jahrhundert, eure Zugehörigkeit zum Mutterlande gelodert wurde und Sie die Blüthezeit Polens wie auch die späteren Schicksalschläge, die es trafen, unter freier Herrschaft verlebte hat, doch trenn der Sprache und dem Glauben eurer Väter keinen heiligen Faden des Nationalgefühls bewahrt, der aufgelodert ist zu flammender Liebe zur uns allen gemeinsamen Mutter, von der Euch einst wider den Willen des Volkes getrennt hat politische Uebermacht der Fürsten dieser Welt. Das geistige Zusammengehörigkeitsgefühl hat aber die Jahrhunderte der politischen Trennung überdauert. Es war besonders hart zu Polens Blüthezeit, als die Republik im 15. Jahrhundert weit nach West und Ost erstreckte durch ihre Kultur, durch ihre Wissenschaft und durch die Taten ihrer geistlichen Bestimmung.

Die Krakauer Universität, die größte und älteste Hochschule Osteuropas, im Jahre 1400 durch das ehrwürdige Königspaar Wladislaus Jagiello und seine heiligmäßige Gemahlin Hedwig erneuert, leidet durch das ganze 15. Jahrhundert hin durch zahlreiche junge Leute aus ganz Schlesien heran, welche in Krakau dem

Studium oblagen. Auch zahlreiche Lehrer dieser Hochschule stammten aus eurer Heimat, aus Kreuzburg, Ratibor, Bries, Reife, sogar aus dem entferntesten Breslau und Glogau. Auch später, als das Bewußtsein der allgemein polnischen Bande schwächer war, versiegte doch niemals in der Jagiellonischen Hochschule die Ueberzeugung, daß das in ihren Hallen erschallende Wort überall die Geister fähigen und wecken müsse, daß es Liebe zum polnischen Gedanken nähren müsse und zur polnischen Sprache. Daher nahm dieser Ort der polnischen Wissenschaft stets herzlich gern Landeskinder aus den fernsten Grenzgebieten des Vaterlandes auf, die herbeieilten, um hier Wissen und Wärme zu holen. In Zeiten der Not nach den Teilungen Polens waren sich in schwarzen Nächten der Verfolgung die edlen Meister dieser Hochschule stets ihres Berufes ebenso warm und lebhaft bewußt.

Nach der Teilung Polens konnten verhältnismäßig nur wenige Oberschlesier sich dem Studium auf der Jagiellonischen Universität widmen, da die preussische Regierung aus Furcht vor der polnischen Wissenschaft die ober-schlesische Jugend daran hinderte. Trotzdem nahmen viele eurer Söhne ihre Bildung in Krakau entgegen und schöpften hier Mut und den Glauben an eine glückliche Zukunft Polens und Oberschlesiens.

Diese Hoffnungen wurden dank der Vorsehung und dem fleißigen Willen der verbündeten Mächte verwirklicht. Polen ist zu einem neuen, vollen glücklichen Leben erstanden. Die großen Teilungsgebiete haben sich schon in ein Ganzes zusammengeschlossen. Der Heidenmut der polnischen Armeen hat die Freiheit und Unabhängigkeit der Nation festgemauert.

Auch das alte Vorkriegsland Oberschlesien, welches mit dem Posener und Krakauer Land seit Jahrhunderten die Wiege des polnischen Staates bildet, steht sich nach der Vereinigung mit dem Mutterlande und wird in naher Zukunft vor der ganzen Welt durch die Abstimmung ein Zeugnis von diesem unerschütterlichen Willen ablegen. Ganz Polen aber strebt die Arme aus, um sich Schwestern und Brüder aus Oberschlesien nach langer Trennung aus Herz zu drücken. Zugleich aber denkt Polen daran, den unter seinen Flügeln vereinten Kindern die besten Lebensbedingungen zu schaffen, ihnen Glück und Wohlstand zu sichern. Es versteht sich, daß die Wege hierzu sind: Wissen und Bildung. Es war daher der erste Gedanke der vereinten wieder aufstehenden Nationen, das sich unter einem Zeichen scharende Volk durch Bildung, Arbeit und Wissen zu heben. Die Sorge um das glückliche Wort hieß Polen nicht davon ab, für das Brot des geistigen Lebens zu sorgen und Schulen zu gründen. Eine der ersten Taten des freien Polens war die Bildung von Hochschulen, welche die Aufgabe haben, Hände, Herzen und Seelen für die großen Aufgaben der Zukunft zu weihen. Es entstanden neue Universitäten in Posen, Lublin, Wilno und eine Bergbaulaborie in Krakau.

Obwohl diese Anstalten unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen gegründet wurden, so werden sie, wir zweifeln keinen Augenblick daran, sich zu einer vollen und segensreichen Tätigkeit entwickeln. Unseren ober-schlesischen Brüdern werden sich die Taten der Krakauer Universität aufzählen. Die Veranlassung, die den Bedürfnissen eurer engeren Heimat voll entsprechen, sie wird Euch nicht nur zu fleißigen Arbeitern, sondern zu tüchtigen Ingenieuren und Leitern der nationalen Industrie, zu Beamten des nationalen Wohlstandes heranbilden. Die Krakauer Akademie der Wissenschaften wird mit allen gegebenen Mitteln, die durch den Fortschritt und die Entwicklung der Wissenschaft verfügbar sind, die Arbeitsbedingungen verbessern und möglichst gut gestalten.

Kommt nur in Euren zu diesen Aktivitäten der Wissenschaft mit der Ueberzeugung, daß Ihr hier wohlgeordnete Herzen findet und arbeitstreibende Hände neben Euren emsigen, durch Arbeit abgehärteten Armen — daß Ihr volles Verständnis für eure Forderungen und Unternehmungen finden werdet.

Der große, polnische Historiker Jan Dlugosz schrieb in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts, als der polnische Staat die größten Erfolge erzielte, da nach dem siegreichen Kriege mit den Kreuzrittern auf Grund des Friedensvertrages zu Thorn im Jahre 1466 das Danziger Vorkriegsland, der westliche Teil Preußens und Ermland Polen wieder einverleibt wurde, folgende Worte: „Glücklich nenne ich mich und meine Zeitgenossen, da unsere Augen auf die Vereinigung der verschiedenen Teile unseres Vaterlandes schauen, aber glücklicher wäre ich noch, wenn ich mit Gottes Gnade die Wiedervereinigung Schlesiens mit Polen erleben könnte. Mit Freude würde ich dann ins Grab steigen und einer ruhigen Ruhe genießen.“

Möge der Wunsch dieses großen Historikers, der sein Vaterland so innig liebte, in Erfüllung gehen, dann werden wir uns zur gemeinsamen Arbeit vereinen, zum Glück, Segen und Ruhm unser aller und unseres großen Vaterlandes.

Razimierz Morawski,
Vorsitzender der polnischen Akademie der Wissenschaften,
Stanislaw Kricher,
Rektor der Jagiellonischen Universität.

Wahre Kulturarbeit.

Die Akademie der Wissenschaften in Krakau hat dem Maschinenbau-Leser aus Homburg folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Die Akademie der Wissenschaften in Krakau hat durch Vermittelung des Kaplans Dr. Szramel aus Alsfeld eine wertvolle Sammlung ober-schlesischer Volkslieder erhalten, welche über tausend Lieder umfaßt, die Sie im Laufe langer Jahre unter verschiedenen Schwierigkeiten mit großem Eifer gesammelt haben. Bevor günstige Umstände die Veröffentlichung dieser Lieder Sammlung in einer wissenschaftlichen Ausgabe gestatten, übermitteln Ihnen die Akademie der Wissenschaften ihren herzlichsten Dank dafür, daß Sie so kostbares Material für die Veröffentlichung übergeben haben und Worte der besten Anerkennung für diese mühsame, aus dem Geist der Liebe zum polnischen Vaterlande geborene Arbeit, welche über jeden Zweifel hinaus steht, daß das ober-schlesische Volk, welches diese Lieder singt, polnisch ist. Im Vorabend der Vereinigung des polnischen Volkes in Oberschlesien mit dem Mutterlande haben Sie ein

Wert vollbracht, welches ihren Namen mit festen Lettern in die Reihe der verdienten Sammler der polnischen Volkstheorie eingetragen hat.

Krakau, den 18. Juli 1920.
gez. Kofanek. gez. Morawski.
Der Generalsekretär. Der Vorsitzende.

Ohne finanzielle Unterstützung des preussischen Staates, verborgen im Innern des Volkes, ist diese Sammlung entstanden, ebenso wie die in ihr vereinten Lieber und das ganze kulturelle Leben des polnischen Volkstums, der von der Oberschicht verachtet und benachteiligt war. Und doch ist mehr echte Kultur darin, als in dem künstlich gepflegten Kulturlieben dieser Oberschicht!

Die Protektionsresolutionen

zustande kommen!

In Oberschlesien fand gestern eine Versammlung der „Heimatstreuen“ statt, in der gegen die Anträge des Reichstages, die die polnischen Regierungsräte Dr. Schapper protestiert wurde, die bekanntlich erklärt hatten, das linke Oberufer müsse sich bei der Volksabstimmung nach dem Industriegebiet richten. Dieses werde aber höchstwahrscheinlich für Polen stimmen.

In der Versammlung tat sich besonders durch seine heftigen Reden der Lehrer Eder hervor. Der Protest wurde schließlich in eine Resolution zusammengefasst.

Eine lange Debatte entspann sich über die Zahl der Teilnehmer, die man in der Resolution angeben sollte. Man schlug 2000, 2000 uho vor. Schließlich einigte man sich auf 1200, obwohl sicher Schätzung nach doch 600 Personen anwesend waren. Auch diese paar hundert Personen waren notwendig zusammengekommen, und zwar dadurch, daß auf den Einladungskarten ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die Reiseauslagen vergütet wurden.

Kreis Tarnowitz

II Kirchenwahl. Hier fand die Wahl für die kirchlichen Körperschaften statt. In den Gemeindefürsorgeämtern kamen folgende Herren: Bergschultheiß Professor Schmidt I., Oberstadtschreiber Heppner, Drogeriebesitzer Gräner, Hauptlehrer Winkler, Landrat von Brochhausen und Oberbergwerksdirektor Kietner.

II Gefährliche Fräulein. Beamte der dritten Hundertschaft verhafteten die Gebrüder Kasporka aus Sosniza, die gemeinsam in geradezu sadistischer Weise die Frau des einen K. mißhandelt hatten. Die beiden Varschen setzten sich zur Wehr, schlugen einen Beamten nieder, während einem anderen der Finger durchgebissen wurde. Es gelang aber, die wie wild um sich schlagenden Verbrecher zu überwältigen und abzuführen.

II Neubek. (Sammlung für den Kirchenbau.) Die katholische Einwohnerschaft aus Neubek und Alt-Gecklau gibt sich erdenkliche Mühe, um durch recht beträchtliche Sammlungen den geplanten Kirchenneubau zur Ausführung zu bringen. Bis jetzt sind für diesen Zweck über 11 000 Mark eingegangen.

Kreis Pleß

II Kur Abstimmung. Am 17. und 18. d. Mts. fanden in Pleß Sitzungen der Vorsitzenden sämtlicher paritätischen Ausschüsse des Kreises unter dem Vorsitz des Kreisverwalters Herrn Majors Caricatti statt, um die Bestimmungen des Abstimmungsreglements zu besprechen und evtl. Zweifel zu beseitigen. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf folgende Punkte gerichtet: Alle Schreiben, die mit der Abstimmung irgendwie im Zusammenhang stehen, müssen um-

Die goldene Brücke.

Originalroman von Elin Grauber.

21) (Nachdruck verboten.)

„Nicht besser als Sie, lieber Doktor. Aber das Stiefel wendete sich an mich, als dem Familienältesten der Hagedorns, mit der Bitte, Erkundigungen einzuziehen in dieser Angelegenheit. Und so bin ich hier, aber nicht, um einzureißen, sondern um Ihnen meine Hilfe anzubieten.“

„Ihre Hilfe?“ Grenzenloses Erstaunen lag in seiner Frage.

„Ganz recht, Ravensberg.“

Der Chemiker bäumte sich auf. Hilfe annehmen von dem Mann, dessen Kind er das herbe Leid angetan? War das die ausgleichende Gerechtigkeit? Nein, dagegen wollte er sich wehren. Diese Hand ergriff er nicht —

Freilich, zwei Millionen aus einem Unternehmen auslösen, das zum größten Teil auf dieser Grundlage aufgebaut war.

Bedeutete das nicht den Untergang?

Er schloß die Augen. Das war der Fluch der Untreue, die er beging um des Geldes willen. Für den goldenen Glanz verkaufte er sich, um nun sehen zu müssen, wie der Strom zurückwich, wie die Quelle versiegte.

Mathias hob den Kopf. Der Kommerzienrat hatte seine Hand ergriffen. „Doktor, ich weiß doch, wie es Ihnen jetzt zumute ist. Ich kann mir ja auch gut denken, was für unheimliche Schwierigkeiten Ihnen jetzt erwachen.“

Die Schraube ohne Ende

Diesen Titel geben die „Münchener Neuesten Nachrichten“ einer Nachricht über die Vorschläge des Reichsfinanzministers Dr. Wirth über die Deckung der neuen Besoldungs- und Teuerungsausgaben. Der deutsche Minister hat sich die Sache entschieden leicht gemacht. Er hat einfach die Eisenbahntarife um 100 Prozent erhöht und glaubt damit der deutschen Geldnot abgeholfen zu haben. Sehr treffend schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“:

„Die bis jetzt bekannt gewordenen Absichten verraten noch nichts von der Rettung, der finanziellen Notlage des Reiches durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu Leibe zu gehen; sie bewegen sich immer noch in der alten Linie: Ausgaben bewilligen — Einnahmenvermehrung — Warenverfeuerung; und der Warenverfeuerung folgen dann über kurz oder lang mit Sicherheit neue Gehalts- und Lohnforderungen. Daß wir auf diesem Wege nicht dazu kommen werden, auch nur den Anfang einer wirtschaftlichen wirklichen Erholung zu erleben... ist leider als eine Gewißheit zu betrachten.“

Und schon sind ja die Lohnforderungen wieder hochgestiegen. Die Forderungen der Eisenbahner zumal machen der deutschen Regierung viel Kopfschmerzen. Kein Weg des Ausgleiches mit ihnen läßt sich finden. „Dazu kommt, daß sich das stärkste Glied der Reichsbeamtenschaft, nämlich die Eisenbahnbeamten, noch keineswegs beirrt findet, sich auf Grund des vor kurzem vereinstimmten Kompromisses mit dem diesem zu Grunde liegenden Verbesserungen ihrerseits zufrieden zu geben. Es scheint, daß unter agitatorischen Einflüssen noch recht lebhaftige Kundgebungen, vielleicht sogar Schlämmereien, zu erwarten ist.“

Diese Schraube ohne Ende ist ein frühes Zukunftshoroskop für Deutschland.

gehend beantwortet und die Antwortschreiben an die Interalliierte Kommission bzw. an die Antragsteller als „Entschreiben“ abgesandt werden. Alle Schreiben an die Interalliierte Kommission müssen mit der Tagesbuchnummer und dem Datum des Schriftstückes versehen sein, welches beantwortet werden soll. Alle Behörden, vor allem die Gemeindevorstände, sind verpflichtet, den paritätischen Ausschüssen jegliche Unterstützung zu gewähren. Falls sie diese verweigern, werden die Bestimmungen des Artikels 15 und 39 des Reglements mit aller Schärfe angewendet werden. Alle Personen, welche sich durch eigenhändige Unterschrift zur Annahme der Funktionen des Mitgliedes des paritätischen Ausschusses verpflichtet haben, müssen gewissenhaft die damit zusammenhängenden Funktionen ausführen und können sie nur nach vorausgehender ausdrücklicher Genehmigung des Interalliierten Büros niederlegen. Zu diesem Zwecke muß ein entsprechender begründeter Antrag gestellt werden. Das Interalliierte Büro wird solche Anträge eingehend prüfen und danach seinen Entschluß fassen. Wenn irgendein Mitglied des paritätischen Ausschusses ohne Ursache seinen Pflichten nicht nachkommen wird, werden ihm gegenüber die in Art. 37 des Reglements vorgesehenen Strafen in Anwendung gebracht werden. Die paritätischen Ausschüsse müssen durch Plakate vor ihren Geschäftszimmern die Dienststunden kenntlich machen und andere wichtige Bestimmungen bekanntgeben. Ihre Pflicht ist es auch, für die sichere Aufbewahrung aller Schriftstücke, Listen

und Allen Sorge zu tragen. Die Behörden haben die Pflicht, den Ausschüssen sämtliche Verzeichnisse, Register und dergl. zur Einsicht vorzulegen. Die Mitglieder der paritätischen Ausschüsse sollen sich der politischen Agitation enthalten, die Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung mahnen und die mit ihrem Amte verbundenen Arbeiten mit der größten Sachlichkeit erledigen, um ihrer überaus schweren Aufgabe ohne Reibungen und in vollkommen loyaler Weise gerecht werden zu können.

Provinz.

I) Marzeikowitz, Kr. Rastowitz. (Heimatstreue Ruhesitzer.) Am Sonntag, den 18. d. Mts. wurde hier durch das polnische Plebiszitkomitee eine Abstimmungsversammlung einberufen, auf der Herr Solka aus Chorzow referierte. Im Saale war auch der Führer der Heimatstreuen Bajan mit seinen Kumpanen erschienen, die schon im Dezember v. J. eine polnische Versammlung zu sprengen versucht hatten. Als Herr S. zu sprechen begann, fingen die „Herren“ an, Lärm zu schlagen und nahmen dem Redner gegenüber eine drohende Stellung an. Man hat daher die Heimatstreuen aus dem Saale heraus. Sie stellten sich an der Tür auf, als jedoch auch die Versammelten nach Hause gehen wollten, ergriff der Häuptling Bajan die Flucht, während ein anderer seiner Spießgesellen — betrunken wie er war — die Treppe herunterstürzte. Auf Grund davon suchen wieder einmal die Heimatstreuen Friedensfürer alles den friedlich versammelten Polen in die Schuhe zu schieben. Diese neue Verleumdung wird jedoch durch den wahren Sachverhalt, den wir oben wiedergegeben haben, vollkommen zunichte gemacht.

II) Gleiwitz. Polnische Berufsvereinigung. Am Freitag, den 14. d. M., tagte in Gleiwitz im Gesellschaftszimmer des „Bierpalast“ eine Versammlung von Beamten und Angestellten der oberschlesischen Schwerindustrie, Bezirk Gleiwitz, welche vom Verband oberschlesischer Beamten und Angestellten (V. B. A.) zwecks Gründung einer Ortsgruppe einberufen war. Die 3 Referenten des Abends, Dr.-Ing. Kwasnik, Obermeister Dipl.-Ing. Kiedron, Staatl. Beauftragter für die oberschles. Schwerindustrie und Dipl.-Ing. E. Grabianowski, sprachen sich eingehend über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Beamten und Angestellten zwecks Wahrung gemeinsamer Interessen und über Ziel und Zweck der obengenannten Organisation aus, wofür die Herren großen Beifall ernteten. Nachdem 19 Herren ihren Beitritt in den Verband spontan erklärten, erfolgte die Gründung der hiesigen Ortsgruppe, welche nun am letzten Freitag ihre erste Monatsversammlung abhielt, wobei gleichzeitig die Vorstandswahl erfolgte. Aus dieser gingen hervor: Grubenfelger E. Schnapla als Vorsitzender, Betriebsbeamter A. Czech als Schriftführer, Bürobeamter W. Mocha als Kassierer und Stelger Stabloc sowie Materialverwalter Gallwas als Beisitzer. Als Vertreter des Vorsitzenden und Schriftführers wurden gewählt Werkführer Nowak und Bürobeamter Bonczyk. Ferner wurde beschlossen, daß die Monatsversammlungen an jedem Sonnabend nach dem 15. jeden Monats stattfinden sollen. Ort und

Zeit derselben wird vorher in den Zeitungen bekanntgegeben. Dies ist nun die 53. Ortsgruppe des Verbandes, in welchem gegenwärtig über 3000 oberschlesische Beamte und Angestellte der Schwerindustrie organisiert sind. Um die Gründung der hiesigen Ortsgruppe hat sich Herr Ing. Wembalski großen Verdienst erworben, wofür ihm seitens der Angehörigen derselben herzlichster Dank gebührt. Ein herzliches Glück auf und die besten Glückwünsche der neugegründeten Ortsgruppe.

III) Alt-Gleiwitz. (Entschlehnungen.) Am Sonntag, den 23. d. Mts. fand hier eine öffentliche Abstimmungsversammlung statt, die energisch gegen die Zulassung der Emigranten protestierte, dem polnischen Abstimmungs-Komitee vollkommene Vertrauen aussprach und Verbot der „Wola Ludu“, des „Pieron“ und der „Oberschlesischen Volkstimme“ verlangte. Ferner wurde einstimmig beschlossen, dafür zu sorgen, daß keiner der Emigranten in irgend einem öffentlichen Gebäude untergebracht werden darf.

IV) Alokasch, Kr. Anbnik. (Bei einem Versammlen.) Wir versichern Herrn Korfanty unser vollstes Vertrauen, und protestieren gegen die Zulassung der Emigranten zur Volksabstimmung und bitten um ein umgehendes baldiges Plebiszit. Ferner protestieren wir dagegen, daß man 4 Polen aus Kochlowitz im Gefängnis hält, ohne sie einem gerichtlichen Urteil entgegenzuführen.

Nieborowitzer-Hammer. (Heimlichher deutscher Ueberfall.) Ein gewisser A. wurde, als er aus Czernowitza nach Hause fuhr, von dem Gemeindefürer Wessenberg aus Schnawitz im Walde mit einem „Halt Hände hoch!“ angehalten. W. war mit einem Gewehr, das er dabei zum Schutz fertiggemacht hatte, bewaffnet. Wessenberg stellte darauf A. die Frage, ob er Deutscher oder Pole sei. A. gab jedoch eine ausweichende Antwort, mit der W. anscheinend zufrieden war, da er ihn unbefellig weiterziehen ließ. Hätte die Antwort anders gelaufen und A. offen erklärt, daß er Pole sei, so wäre die Folge gewesen, daß Wessenberg zweifellos von seiner Mordwaffe Gebrauch gemacht hätte. Und solche Leute sitzen noch in Gemeindevorständen und sollen Hüter der Gleichberechtigung sein. Es ist geradezu ein Skandal, wie in letzter Zeit sich diese Herren der Bevölkerung gegenüber benehmen.

V) Lublitz. (Deutsche Apobeamte als Ruheströmer.) In unserem Kreise haben die deutschen Apobeamten nichts anderes zu tun, als die polnische Bevölkerung auf alle mögliche Weise zu schikanieren. So kamen auch drei Apobeamte vor einigen Tagen nach dem Gasthaus des Herrn Gajda, um die Adressen der bekanntesten Polen des Ortes zu erfahren. Als G. ihnen die gewünschte Auskunft versagte, begannen sie vollkommen grundlos bei ihm eine Hausdurchsuchung, zu welchem Zwecke, ist nicht bekanntgeworden, da natürlich nichts zutage gefördert wurde. So tüchtig schämen die deutschen Apobeamten unsere oberschlesische Bevölkerung.

Versprechungen. Leben sie wohl, Doktor, grüßen Sie mir Ihre Gattin. — Und nicht wahr, wenn Sie doch jemand brauchen, Sie wissen den Weg?“

Ravensbergs Blick glitt an ihm vorüber. „Auf Wiedersehen, Herr Kommerzienrat, und nochmals Dank.“

Und dann war er allein.

Brach jetzt nicht die Welt zusammen? Er riß den Vorhang am Fenster beiseite. Noch standen die riesigen Gebäude mit den mächtigen Ecken, dort unten flimmerte Licht bei Licht; das war die Kolonie.

Besten die Käufer nicht? Spürten sie nicht, wie der Grund unter ihnen schwankte?

Er rechnete krampfhaft zwanzigmal einhunderttausend Mark. Das Stiefel würde auf Auszahlung dringen. Auf Jahre hinaus hieß das das Werk auf schwerste belasten.

Der Kampf begann. Ein wütendes Ringen würde einleiten. Er biß die Zähne zusammen. Für wen der Kampf. Für die Frau, für das Kind. Weiden war er wegfremd. Sie waren in sein Leben getreten, würden sich niemals mehr bedeuten, als —

Im Anfang ihrer Ehe, da war es gewesen, als ob zarte Fäden sich von Herz zu Herz spinnen wollten. Mit schmerzlicher Klarheit erkannte er sie jetzt, sah er das hauchfeine Band, das sie aneinanderknüpfen wollte. Und sah nun auch, daß er seiner nicht geachtet, es zerrissen hatte. Dann kam das Kind. Ihr Leben hatte

seinen Inhalt gefunden. Er, der sich selbst als gelöst, war nicht mehr als der Herr des Hauses, der für den Lebensunterhalt zu sorgen hatte.

Er sank in den Sessel. Ueberall die ansehnliche Verehrtheit. Der bot ihm Geld und Hilfe, dessen Tochter er um des Geldes willen verriet. Um seines Kindes willen band er Elena an sich, fragte nicht nach ihrem Empfinden, und sein Kind starb. Das brennende Verlangen erwachte in ihm, ihre Stimme zu hören, den Kopf an ihre Schulter zu lehnen. Wie kühlender Balsam mußten liebe Worte jetzt den Aufruhr der jagenden Gedanken lindern, beruhigen.

Du soll ich kommen und beistehen; wenn jemand mir helfen kann, dann bist du es, Elena! Ich will nichts weiter, als deine Hände auf meiner Stirn spüren. So verzweifelt bin ich jetzt, daß ich mich nach dir sehne, nicht wie der Mann nach seinem Weibe, nein, wie das Kind nach der Mutter!

Er stand auf, tat ein paar Schritte. — Zwanzigmal einhunderttausend Mark! Wie ein roter, endloser Faden zogen die Worte durch sein Hirn.

Er taumelte, sah nach einer Stütze. Nebel wogte um ihn.

Schwer schlug er zu Boden. — — — Na, du machst Geschichten.“

Bruno Philipp hob den mit kölnischem Wasser getränkten Wappenstein auf.

(Fortsetzung folgt.)

Guhrau. (Die neueste Arbeit unserer Lehrer.) Der hiesige heimattreue Lehrer Blaszczyk macht in der Schule anstatt die Kinder zu unterrichten, sein Geschäftchen, indem er den Kindern Kleidungsstücke verkauft. Wir fragen die Schulbehörde, ob sie beabsichtigt, in Zukunft die Schulen in Kurzwarengeschäfte umzuwandeln.

() Oppeln. (Deutsche Entkleidungskommission.) Die hiesige Entkleidungskommission setzt sich aus Leuten zusammen, die im Hauptberuf deutsche Stogtruppler sind. Vor einigen Tagen überfielen sie zwei Beamte des hiesigen Plebiszit-Komitees, die sie bis auf's Hemd entkleideten und so laufen ließen. Die Banditen waren im Besitze von Gewehren und Revolvern.

() Oppeln. (Agitierende Eisenbahn.) Es wird uns berichtet, daß die Eisenbahner Bienia aus Kgl.-Neudorf und Schindler in den Eisenbahnzügen deutsche Flugblätter und Broschüren verteilten. Die Genannten sollen von ihrer vorgesetzten Dienstbehörde zu diesem Zwecke beurlaubt sein und volles Gehalt beziehen.

Militär hat Vorrat.

Im Deutschen Reiche ist es in mancher Beziehung noch beim Alten geblieben. Haupt-sächlich was das Heer anbetrifft, genießen manche Leute vorkriegszeitliche Privilegien.

Das Postkötter Lager, der frühere Truppenübungsplatz in Schleswig-Holstein, gehört lange nicht mehr zu den Truppenübungsplätzen des Reichsheeres, denn sein Gebiet dient als Soldatenfriedhof. Die beiden Arbeitsgemeinschaften Ribbers und Witten sind mit ihrem Siedlungswerk bereits tüchtig vorangeschritten.

Blühlich erschien Mitte Dezember der Kommandeur der 1. Jäger Artillerie mit seiner Truppe zum Abhalten von Scharfschießen. Der Soldatenanfänger bemächtigte sich natürlich eine starke Erregung. Sie glaubten sich am Ziele ihrer Hoffnungen und müssen plötzlich erleben, daß durch rücksichtsloses Vorgehen eines Artilleriekommandeurs ihr Werk vernichtet werden soll.

Trotz eines scharfen Protestes von Seiten des Landwirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums hat das Reichswehrministerium seinen Befehl zur Einstellung der Schießvorbereitungen erteilt. Die Folge davon war, daß jede wirtschaftliche Arbeit der Siedler unmöglich ge-

macht wurde. Aber noch schlimmer: es werden sogar Vorbereitungen getroffen zu neueren größeren Übungen.

Glaceland.

Zur schreienden Notlage der katholischen Kirchenbeamten.

Das fürstbischöfliche Generalvikariat-Amt in Breslau hat unter dem 18. 1. 21 in Nr. 685 der Verordnungen eine Richtschnur über die Art der Anstellung und Befolgung der kath. weltlichen Kirchenbeamten gegeben. Dieser Wegweiser ist eine Mißgeburt aus Methusalem's Zeit. Statt vorwärts geht rückwärts — statt bergauf, geht bergab. Die von einer „urteutschen“ kath. Kirchenbehörde angegebenen Richtlinien legen Zeugnis davon ab, daß die kath. Herrschaft in Gemeinschaft mit der obersten Kirchenbehörde Wert darauf legen, auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete in Bezug auf Rück-schritt von keiner weltlichen Behörde und von keinem Arbeitgeber übertroffen zu werden. Also doch, ein Weltfremd! Sie legen ferner Zeugnis davon ab, daß einerseits die kath. Kirchenbeamten im Elan weiter erhalten werden sollen und die kirchlichen Behörden andererseits die Neuorientierung des 20. Jahrhunderts als ein „Krautchen Nüchternheit“ hüten. Man hat noch nicht umfassen gelernt, und die preussische Diktatur soll bis zur höchsten Blüte gebracht werden. Wenn ja, dann ist endlich der Beweis erbracht, daß die kath. Kirche rückständig ist. Zwar lehrt die kath. Kirche diesen Rückstand nicht, deren Organe handeln aber in der Praxis rückständig. Wer einen effizienten Beweis für diese Behauptung haben: wer nunmehr einen kath. „großmännlichen“ Verfechter des sozialen Bewusstseins das Sandwerf legen; wer letzten Endes das „Zentrum“ — als kath. Partei — Arbeit unter die Lupe nehmen will, der greife nach Nr. 685 der fürstb. Verordnungen vom 18. 1. 21, dem Jahre des erhofften Heils. Kurz gesagt: „Diese Verordnungen sind ein Sohn der Menschheit im 20. Jahrhundert.“ Es ist darüber das letzte Wort noch nicht gesprochen! Außer den Vereinbarstehenden erlauben wir aber, unverzüglich eine Sitzung anzuberaumen zum Zweck eines feierlichen öffentlichen Protestes gegen die Herabwürdigung, Schmähung und Knechtung unseres ganzen Standes. Wui Teufel! Das ist so echt deutsche Art! Einige Eingeweihte behielten recht, die stets und immer wieder behauptet haben: „Was kann von Breslau für uns Gutes kommen!“ Schließlich möchten wir die Frage vorlegen: „Ist das fürstb. Gen.-Vik.-Amt besetzt, das Allgem. Landrecht über Vord. zu werfen?“ Was sagt die Staatsregierung dazu? Mehrere himmlische Handlanger.

Verordnung.

Auf Grund des § 73a der Reichsgetreibeordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (R. G. Bl. S. 1021) wird bestimmt:

§ 1. Als Schrotmühle im Sinne dieser Verordnung gilt ohne Rücksicht auf die Bezeichnung jede nicht gewerblich betriebene Mühle und sonstige Vorrichtung, die zum Mahlen, Schrotten oder Quetschen von Getreide geeignet ist, mag sie für

Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein.

§ 2.

Die Benutzung von Schrotmühlen zur Verarbeitung von Brotgetreide (Weizen, Roggen, Gerste, Dinkel, Hafer, Emmer, Einkorn) ist untersagt.

Anbere Früchte der im § 2 der Reichsgetreibeordnung für die Ernte 1920 (R. G. Bl. S. 1021) bezeichneten Arten dürfen nur zur Herstellung wirtschaftlich notwendigen Futterschrotts und nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde in Schrotmühlen verarbeitet werden. Die Genehmigung ist nur dann zu erteilen, wenn besondere Gründe die Benutzung der Schrotmühle rechtfertigen.

Der Antrag muß unter Vorlegung der Gründe schriftlich gestellt werden und hat die Menge und die Art der zur verarbeitenden Vorräte zu enthalten.

Die Genehmigung muß den Namen des Unternehmers, die Menge und Art der zu verarbeitenden Früchte sowie den Zeitpunkt, bis zu dem die Genehmigung erteilt ist, enthalten.

Die untere Verwaltungsbehörde hat dafür Sorge zu tragen, daß die vom zuständigen Kommunalverband auf Grund der Reichsgetreibeordnung zur Überwachung der Selbstversorger erlassenen Bestimmungen innegehalten werden und daß der Betrieb des Antragstellers während der Dauer der Bewilligung möglichst einer sich periodisch wiederholenden Kontrolle unterzogen wird.

Die untere Verwaltungsbehörde kann die Durchführung der Bestimmungen im Absatz 1 bis 5 durch Anlegen von Siegeln oder sonstige geeignete Maßnahmen sichern.

§ 3.

Es ist verboten:

1. Schrotmühlen mit Siebvorrichtungen oder Siebvorrichtungen, die zur Andringung an Schrotmühlen geeignet sind, im Reichsgebiet aufzustellen.

2. An Briefen oder sonstigen geschäftlichen Mitteilungen Schrotmühlen mit Siebvorrichtungen oder Siebvorrichtungen, die zur Andringung an Schrotmühlen geeignet sind, anzubringen oder anzubringen, es sei denn, daß das Angebot oder die Anpreisung lediglich zum Absatz nach dem Auslande erfolgt;

3. ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung, oder, in Ermangelung eines solchen, des Wohnortes des Anzeigenden Schrotmühlen mit Siebvorrichtungen oder Siebvorrichtungen, die zur Andringung an Schrotmühlen geeignet sind, in veröffentlichten Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, anzubringen oder anzubringen.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen (Abs. 1, Nr. 3) auf die Dauer von mindestens drei Monaten aufzubewahren. Eine Prüfungspflicht dahin, ob die Anzeigen dem Verbot im Abs. 1, Nr. 3 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob.

Der Staatskommissar für Volksernährung

kann Ausnahmen von dem Verbot im Abs. 1 zulassen

§ 4.

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die sich im Besitze einer Schrotmühle befinden, sind verpflichtet, diese innerhalb einer Frist von zwei Wochen der unteren Verwaltungsbehörde zur Eintragung in ein Register anzumelden.

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine Schrotmühle erwerben, sind verpflichtet, diese gemäß Abs. 1 innerhalb einer Frist von zwei Wochen von dem Tage ab anzumelden, an dem sie den Gewahrsam an der Schrotmühle erlangen.

§ 5.

Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung und gegen die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Anordnungen des Kommunalverbandes werden nach § 80, Abs. 1, Nr. 12 und § 81 der Reichsgetreibeordnung für die Ernte 1920 bestraft.

§ 6.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Breslau, den 11. Dezember 1920.

Preussischer Staatskommissar für

Volksernährung.

H. v. Dr. Hagedorn.

Deutsch O.S., den 24. Januar 1921.

Der Magistrat.

Unter Bezugnahme auf die inzwischen erfolgte Bekanntmachung, betreffend die Anträge der ausländischen Arbeiter auf Erteilung von Inlandslegitimationen, wird darauf hingewiesen, daß dieselben bis auf weiteres noch nicht entgegengenommen werden. Die neue Antragsfrist wird noch besonders bekannt gegeben.

Deutsch O.S., den 28. Januar 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

Verwertung von Seeresamt.

Die Wirtschaftsgemeinschaft Oppeln hat in ihrem Vertretungsorgan in Reiffe (Friedrichs-

hald, Bergstr., Ecke Königsstr.) an reichseigenen Gütern zu billigen Preisen abzugeben:

Heeresgerät aller Art, Militär-Gewehr- und Sattelzeug (neue Krenzeleinen, Halftern, Ziehblätter aus Leder, kompl. Kunit- und Seilengeschirre, Sättel usw.) leichte, mittlere und schwere Militärwagen, Achsen, Räder, Feldküchen-Merle, Beile, Picken, Spaten, Drahtscheren, Windeheber usw.

Befichtigung der Bestände in Reiffe erforderlich, da die Preise nach Ausführung und Beschaffenheit verschieden sind.

Wirtschaftsgemeinschaft Oppeln, G. m. b. H., Aufstr. an Blahertr. Ingenieur Hochheim, Reiffe, Viktorstr. 1.

Vorliegendes wird hiermit bekannt gegeben.

Deutsch O.S., den 25. Januar 1921.

Der Magistrat.

Chefbedakteur: Peter Bronobis

in Laurahütte-Deutsch., zugleich verantwortlich für Politik und Feuilleton. — Für Lokales und Provinz Josef Laßka in Bismarckhütte-Deutsch. — Für Inserate und Anzeigen: Hr. Miabowicz in Nikolai-Deutsch.

Rotationsdruck und Verlag von Dr. Gustav Robert, Nachf. Franz Sabrian in

Deutsch O.S.

Achtung!

Gebürtige Oberschlesier,

die Ihr im Abstimmungsgebiet vor dem 1. Januar 1901 geboren seid, aber das Abstimmungsgebiet verlassen habt!

Diejenigen von Euch, die nach dem 1. Oktober 1920 ins Abstimmungsgebiet zurückgekehrt sind, stimmen nicht in Ihrem jetzigen Wohn- sondern in Ihrem Geburtsort ab.

1. Sie müssen einen Antrag stellen (Kategorie B), dem zwei Photographien beige-färbt sind.
2. Die Gemeinde- oder Polizeibehörde Ihres jetzigen Wohnortes muß bestätigen, daß der Stimmberechtigte, den die Photographie darstellt, bekannt ist. Die Photographien müssen abgestempelt sein!
3. Sie müssen im Antrage zwei, womöglich in ihrem Geburtsort wohnende Personen mit genauer Adresse angeben, denen sie persönlich bekannt sind.

Wendet Euch sofort persönlich an die Polnischen Plebiszit-Kommissariate um Auskunft und Unterstützung.

Die Zeit drängt!

Am 3. Februar werden bereits die Listen geschlossen.

Polski Komisarjat Plebiscytowy, Bytom.